

Die deutsche Antwortnote an die Entente.

Berlin, den 15. Dezember 1919. (RAB.) Zur die Note vom 8. Dezember hat die deutsche Regierung dem Reichskriegsminister die folgenden Punkte folgende ausführliche Note zugehen lassen:

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mitbewusstsein anzudeuten, als ob sie auf Grund des Versailler Vertrags der Vereinten Staaten in dem Friedensvertrag vorgehenden Kommissionen ein Recht auf Abänderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der weichen Perle der Kriegesgefangenen und über die Selbstbestimmung der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen habe. Die Selbstbestimmung der Kriegsgefangenen ist von ihr überhaupt nicht in diesen Zusammenhängen gebührend beachtet worden. In der Auslieferungfrage hat sie bereits vor Eröffnung der gemeinsamen Note vom 1. November die Schritte selbständig gemacht, die unbedingt eine Wiedergabe in der Zeit der Durchführung des Friedensvertrages notwendig erscheinen lassen. Diese Schritte werden nach wie vor die deutsche Bestimmung von Seiten der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Regierung hat aber ihre Zustimmung zur Aufhebung des Friedensvertrages niemals von der vorherigen in Bezug auf diese Fragen abhänghig gemacht. Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Ansicht der Obersten Ratss in dem Schlußabsatz des Protokolls vom 1. November vorübergehende Rechte in militärischen und sonstigen Angelegenheiten nur Geltung haben soll bis durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht allein durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann.

Die deutsche Regierung nimmt ferner Kenntnis davon, daß nach der Ansicht der Alliierten die Kriegesgefangenen, deren Freilassung nach Friedensvertrag nur von den Alliierten bereits erfüllt sein muß, sofort nach dem Antritt der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freigelassen werden sollen. Auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Freilassung der Kriegsgefangenen in dem Maße zu beschleunigen, wie es die alliierten und assoziierten Mächte verlangen. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Freilassung der Kriegsgefangenen nicht allein durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann.

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mitbewusstsein anzudeuten, als ob sie auf Grund des Versailler Vertrags der Vereinten Staaten in dem Friedensvertrag vorgehenden Kommissionen ein Recht auf Abänderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der weichen Perle der Kriegesgefangenen und über die Selbstbestimmung der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen habe. Die Selbstbestimmung der Kriegsgefangenen ist von ihr überhaupt nicht in diesen Zusammenhängen gebührend beachtet worden. In der Auslieferungfrage hat sie bereits vor Eröffnung der gemeinsamen Note vom 1. November die Schritte selbständig gemacht, die unbedingt eine Wiedergabe in der Zeit der Durchführung des Friedensvertrages notwendig erscheinen lassen. Diese Schritte werden nach wie vor die deutsche Bestimmung von Seiten der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Regierung hat aber ihre Zustimmung zur Aufhebung des Friedensvertrages niemals von der vorherigen in Bezug auf diese Fragen abhänghig gemacht. Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Ansicht der Obersten Ratss in dem Schlußabsatz des Protokolls vom 1. November vorübergehende Rechte in militärischen und sonstigen Angelegenheiten nur Geltung haben soll bis durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht allein durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann.

Die deutsche Regierung nimmt ferner Kenntnis davon, daß nach der Ansicht der Alliierten die Kriegesgefangenen, deren Freilassung nach Friedensvertrag nur von den Alliierten bereits erfüllt sein muß, sofort nach dem Antritt der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freigelassen werden sollen. Auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages ist die deutsche Regierung verpflichtet, die Freilassung der Kriegsgefangenen in dem Maße zu beschleunigen, wie es die alliierten und assoziierten Mächte verlangen. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Freilassung der Kriegsgefangenen nicht allein durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann.

Belieben von Erfolg gekrönt sein wird, wird die nächste Zukunft lehren müssen. Der Gelehrte über die Verletzung von Kriegesverträgen und Kriegesgefangenen stellt den ersten Schritt der deutschen Regierung dar, die Bestimmungen des araucanischen Friedensvertrages nach seinem Inkrafttreten vollständig zu erfüllen. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht allein durch die Inkraftsetzung des Vertrags der Friedensvertrag selbst gestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll bezeichneten Verpflichtungen nur nach der gemeinsamen Bestimmung der Friedensvertragsparteien durch die alliierten und assoziierten Mächte geschehen kann.

Das Ergebnis der Panamerikanischen Konferenz.

Über die Konferenz in Downing Street heißt es laut „Amerikaner“, „Telegraph“ in der amtlichen Erklärung: „Auf Einladung der britischen Regierung ist eine Konferenz nach London gekommen, um mit dem Premierminister, dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und anderen britischen Ministern eine Konferenz über verschiedene Fragen, die Frankreich und England betreffen, abzuhalten. Da diese dieser Fragen internationaler und völkerverständlicher Natur sind, wohnte der Konferenz auch der amerikanische Botschafter bei. Der Premierminister wurde die amerikanische Erklärung in London zu einem Gedächtnisstück über die amerikanische Frage, dem auch der amerikanische Botschafter beistimmte. In der Konferenz über die russische Frage nahm auch der japanische Botschafter teil. Auf der Konferenz mußten außerdem mehrere internationale Fragen erörtert werden, besonders die des Friedens mit der Türkei. Die Konferenz zeichnete sich durch außerordentliches Gelingen aus. Über alle Fragen wurde vollständige Übereinstimmung erzielt. Die dreitägige Zusammenkunft hat ergeben, daß zwischen den Mächten eine vollkommene Solidarität herrscht.“

- 1. Die Spanische Frage: England und Frankreich erkennen die Okkupation von Sizilien nicht an.
- 2. Die amerikanische Vorbehalte: England und Frankreich bestehen darauf, daß der Versailles-Vertrag ausschließlich von den Vereinigten Staaten ratifiziert werde.
- 3. Die russische Frage: Mit der Sowjetrepublik wird nicht verhandelt.
- 4. Die deutsche Frage: Die dringende Forderung der ganzen Welt ist, daß die deutsche Frage so schnell wie möglich gelöst werden kann.

Die Verhandlungen sind auch nicht ohne Wirksamkeit geblieben: aus Mailand wird amtlich gemeldet, daß die Verhandlungen in Übereinstimmung mit dem Nationalrat von Sizilien das Kommando dem italienischen Kriegsmarschall Admiral Cossiga übergeben hat. Dieser ist zum Gouverneur der Stadt ernannt worden, damit er vorläufig das Sizilien-Abkommen durchführt.

Über auch den Russen hat die neue Entente bereits mitgeteilt, daß man mit ihnen nicht über den Frieden verhandeln will. Der Vertreter Sowjetrusslands in London, der mit den Verhandlungen beauftragt war, äußert sich recht optimistisch. Er meint, die russische Sowjetrepublik will den Frieden haben, aber sie hat zwei Jahre ausgehalten und werde noch weiter aushalten.

Die „Times“ melden, daß Grund zu der Annahme besteht, daß ein wichtiges Ergebnis der Konferenz die Bindung der allgemeinen Bestimmung der anglo-französischen Entente sein wird. Es ist möglich, daß bald eine zweite Konferenz über die anglo-französischen Handels- und Finanzbeziehungen stattfinden wird.

Ein Mailänder Blatt weist schließlich noch auf mehr, daß Belgien und Italien im Militärabkommen die Stelle der Vereinigten Staaten von Nordamerika treten werden. Des Militärabkommen wird somit in ein französisch-anglo-belgisch-italienisches Abkommen umgewandelt.

Allmähliche Befreiung unserer Eisenbahn.

Der Reichsverkehrsdirektor hat einem Ausdrager folgende Angaben über die Lage bei unseren Eisenbahnen gegeben: Die vormaligen Bahnen haben ein schweres Jahr hinter sich. In dem Maß, wie die Bahnverhältnisse sich bessern, wird sich der Materialverbrauch in der nächsten Zeit auch bessern. Die allmähliche Befreiung der Eisenbahnen wird sich in der nächsten Zeit auch bessern. Die allmähliche Befreiung der Eisenbahnen wird sich in der nächsten Zeit auch bessern. Die allmähliche Befreiung der Eisenbahnen wird sich in der nächsten Zeit auch bessern.

Wochen weitlich überschritten werden. Bismarck um das Doppelte. Ebenso wurden im Ruhrgebiet an einzelnen Tagen bis zu 17000 Wagen gestellt. Die erfreuliche Folge war, daß die Wagenbestände erheblich vermindert werden konnten.

Im allgemeinen ist der Verkehr zu dem für den Sommer der letzten Jahre verglichen; während im Sommer die Zahl der Wagen, die für tägliches Nicht erreicht, bis zu 70000 stieg, war, hat sich diese Zahl jetzt auf weniger als 5000 vermindert.

Auch in den Betriebsverhältnissen ist es besser geworden. Man darf eine langsame Steigerung der Arbeitswilligkeit feststellen. Die Arbeiter beschuldigen jetzt sogar die Betriebsleiter der alten Schule, daß sie die Arbeit laborierten. Ebenso suchen sich die Eisenbahnorganisationen in ihren Forderungen gegenüber zu überbieten. Man hofft insofern allmählich in den Betriebsverhältnissen wieder zu besseren Verhältnissen zu gelangen. Mit den besten Wünschen ist es zu wünschen, daß die allmähliche Befreiung der Eisenbahnen sich in der nächsten Zeit auch bessern wird.

Zurück zur Sozialdemokratie.

Wir haben wiederholt bewiesen, daß die Unabhängigkeit nach ihrem Parteitag kein Recht mehr haben, sich Sozialdemokraten zu nennen. Das muß von allen den erkannt werden, die Sozialdemokraten sein wollen und jetzt noch in der U.S.P. sind. Nach Moskau laßt der U.S.P. die Zusammenkünfte und die Auslieferung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse mit dem Westen Europas und der Vereinigten Staaten sind trotz des Weltkrieges viel weiter gegeben und erheblich inniger, als die gegenwärtige Anweisung russischer und deutscher Volkswirtschaft und damit auch russischer und deutscher Volkswirtschaft. Deshalb haben sich die Sozialdemokraten in der U.S.P. die dritte Internationale gegen den Willen der allmählichen Befreiung der Eisenbahnen mit dem westeuropäischen Arbeiter-

wegen auszusprechen müssen. Nun ist doch in Leipzig, wenn auch in etwas verkürzter Weise, der Parteitag der U.S.P. zu Ende gegangen, in dem die dritte Internationale auf das gründlichste verurteilt worden.

So ist die U.S.P. heute eine völlig andere Partei geworden, als selbst noch ihre Urheber erstehen und erschaffen. Um Gewissheit zu den angehenden Vorämpfern der U.S.P. ist die Mitgliedschaft, das Parteimitglied und die Zurückkehr zu bolschewistischen Internationale beschloffen worden, obwohl es keine Zeit und keine Stunde gab, wann die Einzeligen des Proletariats notwendiger gemein wäre als eben jetzt vor den Wahlen und angelegten der freizuwählenden Reaktion!

Von der Möglichkeit einer Einheit des Proletariats entfernten sich die Bewunderer des russischen Bolschewismus und seiner Methoden mit gewaltigen Schritten. Trotzdem werden sie versuchen, weiter zu tun, was sie tun wollen, und werden wieder erklären, daß die Einheit der Arbeiter der Welt gegeben wäre, wenn wir, die U.S.P., auf den Boden ihrer Grundsätze und ihrer Ziele der U.S.P. zurückkehren wollten. Aber was in Leipzig beschloffen wurde, wird gewaltige Massen des Proletariats abstoßen, abstoßen nicht nur in den Reihen der sogenannten Sozialdemokraten unserer Nation, sondern unweigerlich auch in den Reihen der allmählichen U.S.P. selbst.

Die haben die Bolschewisten über die Unabhängigkeit gestoppt, und jetzt fassen Unabhängigkeit der Bolschewisten dafür die Hand, von der sie mit ihnen getrennt wurden? So steht jetzt die Frage: Will das Sozialdemokrat oder nicht? Wer sich den Bolschewisten anschließt, ist kein Sozialdemokrat mehr, und das wird der deutsche Arbeiter nicht wollen.

Die deutsche Arbeiterklasse, die jahrelang unter dem Namen der U.S.P. aufgeführt wurde, hat sich nun selbst losgerissen und hat sich nicht nur eigene Ziele, sondern auch die Hand der Reaktion gegeben, um die Arbeiterbewegung niederzuzupfen. Es gibt nur noch eine sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse durch die U.S.P. führt, die U.S.P. selbst. Die U.S.P. selbst ist die U.S.P. selbst. Die U.S.P. selbst ist die U.S.P. selbst.

Preussische Landesversammlung.

15. Berlin, 15. Dezember. 99. Sitzung. Der Antrag des Ausschusses für Bevölkerungs- politik, bei der Reichsregierung eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Reichswohnhilfe, dahin...

Deutschland. (Hört, hört!) Die Koalitionsstreue hat für uns eine Grenze. Sie hört auf für uns an der Schwelle des Gemissens. Wenn Sie Ihre Kinder religionslos erziehen lassen wollen, so wollen wir das Recht behalten...

Abg. Rost (Dn.): Die preussische Regierung ist ebenso ohnmächtig, planlos und unproduktiv, wie die Reichsregierung. Meine Freunde werden daher gegen den Staatshaushaushalt stimmen. (Hört, hört! links.)

Sitzung der Stadtverordneten am 15. Dezember 1919. Es sind einige Einreden und Anträge eingebracht. Die Arbeitsgemeinschaft der Beamtenschaft bildet am Gemäch...

Abg. Schulze (Ftr.): Die Vorlage will es ermöglichen, daß der größte Teil unseres Volkes wieder auf dem Lande zurückgehen kann. Wir wünschen, daß es gelinge, neue Leute auf das Land zu ziehen, ohne allzugroße Beringerung des bisherigen Bestandes.

Die dritte Beratung des Staats-Haushafts- plans beruht mit einer allgemeinen Ausrede. Es liegt hierzu u. a. ein Antrag der drei Mehrheitsparteien um baldige Schaffung eines deutschen Einheitslaates vor.

Abg. Meisner (Dn.): Der Ministerpräsident ist durch die Teilnahme an der Reichstags-Sitzung dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten verabschiedet. Der Sitzung beizuwohnen, ist mir daher zunächst Vernehmung einlegen gegen die maßlosen Angriffe des Korrespondenten...

Bei Schluß des Parisis erhält um 7 Uhr abends Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) das Wort. Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung.

An Betrieben des Alters- und Pflanzens und des bismarckianischen Stadtkrankenbaus ist infolge der Gastnappität die Einrichtung elektrischer Beleuchtung dringend notwendig. Die Veranlagung bemittelt die dazu erforderlichen Mittel...

Die Ausführung der Reparaturarbeiten am Altschloß und dem Gebäude werden abgemacht und die dazu erforderlichen Mittel bewilligt.

Halle und Gaalreis.

Salle, 16. Dezember 1919.

Eine Sitzung ohne politische Debatten.

Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung wurde in einem bis jetzt noch nicht abgewinkeltem Tempo erledigt. Es gab nicht eine prinzipielle Debatte und es wurde tatsächlich nur einmal diskutiert...

Die Frauen zu einem einfachen Geleit: Sie hatte die schwarzen Handschuhe, Jodet und Hut abgelegt, sie trug einen dunklen Rock und eine rote Bluse, auf der ein Goldstücken blühte.

Kleines Szenilleton.

„Ich liebe dich“ Ich habe in meinem ganzen Leben keinen gehabt, als ich das tiefste Wort aufzusuchen, das von diesen beiden Wesen ausging, die fast sich ineinander verschmolzen waren. „Ich liebe dich“ Es war das Wort, das den Leib und die Seele anbot...

Stadtkörpers. Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr wird die Gesell. des „Christlichen“ von Hans Winter geleitet. Am Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag nachmittags wird das Städtische Theater „Der Himmelstempel“ aufgeführt.

Die Hölle.

Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf. (Copyright by Max Rascher, Verlag A. G., Jülich.)

„Immer Angst, immer Angst. — Immer, fern von der Straße, fern von der Sonne, fern von allem! —“ Ich, der ich so innig ein Schicksal im großen und lauteren Tageslicht begehrt hätte! Das lagte sie und bildete den Himmel an, und vom Himmellicht wurde ihre Gesicht überglänzt, während ihre Worte durchsonnelteten.

„Ich liebe dich“ Sie sagte: „Stieh zu, wir sind eines für das andere geboren. — Zwischen unseren Seelen besteht eine Gewandtheit, die ganz wie das Schicksal irrumspulieren mußte.“

„Eine Gewerkschaft der Künstler Bauern hat sich gebildet. Sie besteht aus vier Berufsgruppen (Bildende Kunst, Dichtkunst, Musik, Mimik), die von der Kauterose aus ausschließliche Vertretung der beruflichen Kunst in wirtschaftlichen Angelegenheiten erhalten sollen.“

„Die Nacht senkte sich, als wenn Götter und Entsetzten vom Göttern bestirmt, über diesen Mann und diese Frau, die, wagen wollten, ihre Verhöhnung in diesem Zimmer wetzen.“

„Ich war ja unglücklich“ Sie begann: „Wie lange das for ist? — Das Wort hat Kranke und ihr Gelübte und ihr Gelübte, das sie sich selbst und beilig diese Gelübte immer wiederholte, als wenn sie vor dem Betäubten in die Luft schrie, daß sie ganz neu leben wollen würde, ganz ohne Liebergang, dermaßen sie die sie das ganz und gar aus in den Augenblicken, in denen...

„Ich liebe dich“ Sie sagte zu ihm: „Ich liebe dich.“ Sie liebte das tiefste dieser Worte.

... dass über die Beschlüsse der Kommission ...

Ein Manuskript ...

Bei den beiden ...

Einmal weitere ...

Der Herr ...

Einmalige ...

Übermal weniger Gas.

Wie Wirkung von ...

Salle, den 16. Dezember 1919.

Nach vorübergehender ...

Wirtschaftsbeihilfe für die Angestellten.

Vom Gewerkschaftsrund ...

Bericht des Reichsausschusses für Arbeitslosenversicherung.

Arbeitslosenversicherung ...

Reich für Arbeitslosenversicherung ...

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Der Verein zur Bekämpfung ...

Reichsausschuss für Arbeitslosenversicherung.

Der Reichsausschuss ...

Einmalige ...

Der Reichsausschuss ...

Unbilligkeitsprüfung ...

Aus der Provinz.

Weihenfeld.

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Döberenz u. Umg.

Döberenz u. Umg. ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Stadtvorordnetenversammlung ...

Versammlungskalender

Döberenz u. Umg. ...

Vertical text on the far right edge of the page.